

Grassierende Polarisierung: Stimmungsbild der letzten Jahre und was wir daraus lernen

Von Benedikt Aregger, Vorstandsmitglied Die Junge Mitte Stadt und Kanton Luzern

Die Welt ist gezeichnet von Krisen und Auseinandersetzungen. Im letzten Jahr wurden so viele bewaffnete Konflikte geführt, wie noch nie. Auch im neuen Jahr 2023 ist keine Abkehr in Sichtweite. Regelmässige Berichterstattungen, Liveschaltungen, Analysen der Ursachen, Skizzierung möglicher Ausgänge und Hintergrundsendungen geben uns ein Bild davon, was anderswo vorstättengeht. Aus der Distanz drängt sich mir jeweils die Frage nach Unterstützung auf. Inwiefern können wir einen Beitrag zum positiven Ausgang leisten? Aktuell in Fragen wie der Mitverteidigung der angegriffenen Ukraine, Protestbewegung im Iran, Kosovo-Konflikt, syrischer Bürgerkrieg, Repressionen unter dem Taliban-Regime oder dem israelisch-palästinensischen Konflikt, um nur ein paar Beispiele zu nennen. Doch neben der Frage nach Beistand stellt sich auch jene nach den Mechanismen unseres Denkens. Was machen solche Krisen mit einer Gesellschaft und wie wirkt sich das auf die Politik aus? Ich versuche, dieser Frage etwas auf den Grund zu gehen.

Blicken wir auf unsere direkten Nachbarn hier in Westeuropa. Wir sehen uns nebst den genannten internationalen Krisen aktuell auch mit sicherheitspolitischen Fragen und inneren Angelegenheiten konfrontiert. Wie hat sich das in den letzten Jahren auf die

Parteienlandschaft ausgewirkt? Hierbei ist feststellbar, dass Extrempositionen beim Volk vermehrt Anklang finden. Dies wissen vor allem rechte Parteien für sich zu nutzen. Sie haben gelernt, wie man eine unzufriedene Wählerschaft anspricht und diese so mobilisiert. Sei es durch Daueropposition gegen die Landesregierung, dem blauäugigen Schönreden eigener Visionen oder ständige Schuldzuweisungen. Sie haben an Wählerstärke dazugewonnen. Feststellbar durch die Anzahl Abgeordneten, welche sie in den Parlamenten stellen. So gewinnt die FPÖ in Österreich, die AfD in Deutschland und das Rassemblement National in Frankreich sukzessive an Einfluss. Die Frage, ob diese Parteien aufgrund ihres wachsenden Wähleranteils nicht auch Teil der Regierung stellen dürfen, kommt unweigerlich auf uns zu. In Österreich beispielsweise war die FPÖ bereits während 2017 bis 2019 zusammen mit dem Koalitionspartner ÖVP an der Regierung beteiligt. Bei den letztjährigen Präsidentschaftswahlen in Frankreich scheiterte Marine Le Pen aus dem Lager des Rassemblement National nur knapp am amtierenden Präsidenten Emmanuel Macron. Dass sich dieser Trend bis zur höchsten ausführenden Gewalt, der Landesregierung durchschlägt, beweisen die rechtspopulistischen Präsidenten Orbán in Ungarn und Duda in Polen. Jüngstes Beispiel sind die italienischen Parlamentswahlen vom letzten September. Die postfaschistische Partei namens Fratelli d'Italia legte im Vergleich zu den letzten Wahlen um gigantische 21 % zu und stellt aktuell ihre Premierministerin Giorgia Meloni.

Die Vereinigten Staaten, die weltweit grösste

und wichtigste Demokratie, kämpft ebenso mit diesen Zeichen der Zeit. Seitdem der rechtmässig gewählte Präsident Joe Biden mit seinem Kabinett im Januar 2021 ins Weisse Haus einzog, herrscht wieder Anstand und politische Vernunft. Doch während den vergangenen Jahren haben sich Wunden aufgetan. Der Graben zwischen Demokraten und Republikanern ist gross, die Positionen liegen weit auseinander. Dies wird zum Problem, weil die grassierende Polarisierung die demokratischen Grundwerte gefährdet. Es wird zuweilen versucht, diese zu umgehen, auszuhöhlen und sie dadurch zu schwächen.

Wieso betrifft dies nun die Schweiz? Denn bei den genannten Beispielen handelt es sich allesamt um indirekte Demokratien. Sprich, das Volk wählt Abgeordnete einer Partei, welche so indirekt die Anliegen der Bevölkerung im Parlament vertreten. Direkte Einflussnahme durch Volksabstimmungen ist, bis auf Ausnahmen auf kommunaler Ebene, nicht möglich. Dazu kommt beim Beispiel Amerika ein weiterer Unterschied hinzu.

Statt der bei uns geläufigen Vielparteienlandschaft regieren dort nur deren zwei. Diese Ausgangslage nährt das Schwarz-Weiss-Denken. Politische Dissonanzen sind so vorprogrammiert. Die Welle der Polarisierung schreitet weiter fort.

Diese Entwicklung gilt es mit Sorge zu betrachten und uns dagegen zu wehren. Denn im Gegensatz zu unseren Nachbarn können wir in der Schweiz dank den direktdemokratischen Instrumenten Initiative und Referendum gezielt Einfluss nehmen. Wir haben es also selbst in der Hand, in welche Richtung unser Land zukünftig steuert. Tun wir das nicht, verunmöglichen wir konsensfähige Lösungen.

Nehmen wir Verantwortung wahr, damit die Schweiz ihre Mitte nicht aus den Augen verliert! Ob im Freundeskreis, in Vereinen oder bei Gesprächen auf der Strasse: Geben wir diese Botschaften den Menschen mit auf den Weg. Nur so können jene Werte auch in Zukunft noch Gültigkeit haben.